

Überschuss von 3,7 Mio. Franken

Gemeinde Schellenberg blickt auf ein erfolgreiches Rechnungsjahr 1999 zurück

Die Gemeinde Schellenberg schliesst das Rechnungsjahr 1999 mit einem ähnlich guten Ergebnis wie in den beiden Vorjahren ab. Bei Gesamtausgaben von knapp 5 Mio. Franken und Einnahmen in Höhe von fast 8,7 Mio. Franken resultierte ein Deckungsüberschuss von 3,720 Mio. Franken. Die Nettoinvestitionen des Berichtsjahres beliefen sich auf rund 1,1 Mio. Franken.

Manfred Öhri

Auf der Grundlage des Rechnungsberichtes für das Jahr 1999 könne die finanzielle Lage der Gemeinde Schellenberg als gesund bezeichnet werden, heisst es in den Erläuterungen zur Jahresrechnung, die vom Gemeinderat Ende August einhellig genehmigt und dieser Tage nun veröffentlicht wurde. Die längerfristige Finanzplanung lasse erwarten, so die Gemeindevertretung, dass sich diese Phase gesunder Gemeindefinanzen auch in den kommenden Jahren fortsetzen werde.

Laufende Rechnung

Die laufende Haushaltsrechnung 1999 der Gemeinde Schellenberg, die mit der privatwirtschaftlichen Erfolgsrechnung, vergleichbar ist, weist bei Ausgaben von 3,580 Mio. und Einnahmen in Höhe von 8,429 Mio. ein Bruttoer-



In finanzieller Hinsicht steht die Gemeinde Schellenberg auf einer gesunden Basis.

(Archivbild)

gebnis (Cashflow) von 4,849 Mio. Franken aus. Nach Abzug der im Berichtsjahr getätigten Nettoinvestitionen resultierte der erwähnte Überschuss von 3,720 Mio. Franken in der Gesamtrechnung.

Die laufenden Ausgaben der Gemeinde erhöhten sich im Vorjahresvergleich nur geringfügig um rund 50 000 Fran-

ken, während bei den laufenden Erträgen eine Zunahme von knapp 0,8 Mio. Franken verzeichnet werden konnte. Dieses Wachstum ist einerseits auf den höheren Finanzausgleich, andererseits aber vor allem auf ein ausserordentlich hohes Ergebnis bei der Grundstückgewinnsteuer zurückzuführen. Der Finanzausgleich

belief sich für das Berichtsjahr auf fast 5,8 Mio. Franken und lag somit erneut um gut 0,2 Mio. Franken über dem Betrag des Vorjahres. Die Grundstückgewinnsteuer brachte 0,914 Mio. Franken ein. Gemäss Bericht handelte es sich zum grösseren Teil um Rückflüsse von Grundstückskäufen, welche die Gemeinde

1999 selbst realisieren konnte. Der Anteil des Finanzausgleichs an den Gesamteinnahmen der Gemeinde lag 1999 bei 67 Prozent (Vorjahr: 65 Prozent). Die direkten Einnahmen aus der Vermögens- und Erwerbssteuer reduzierten sich im Berichtsjahr infolge der Gesetzesänderungen leicht auf 1,049 Mio. Franken und machten

noch 12,1 Prozent der Gesamterträge aus.

1,1 Mio. Nettoinvestitionen

Die Schellenberger Investitionsrechnung für das Jahr 1999 weist bei Ausgaben von total 1,378 Mio. und Einnahmen (Subventionen, Kostenbeiträge) von 0,250 Mio. ein Nettoinvestitionsvolumen von 1,128 Mio. Franken aus. Demgegenüber hatte das Budget noch mit Gesamtaufwendungen von knapp 3,6 Mio. Franken gerechnet, allerdings wurden die Arbeiten für den Erweiterungsbau beim Gemeindehaus verschoben. Der Schwerpunkt der Investitionstätigkeit lag 1999 wieder im Tiefbaubereich. Hauptbaustelle war der Gemeindeanteil am Ausbau der Eschnerrütti- und Widumstrasse. Hinzu kamen verschiedene kleinere Projekte.

Dem Rechnungsbericht zufolge läuft im investiven Bereich zur Zeit ein jahresübergreifender Verpflichtungskredit von 3,15 Mio. Franken für die Erweiterung des Gemeindehauses, der im Rahmen einer Gemeindeabstimmung genehmigt worden war. Mit dem Bau wurde im Sommer dieses Jahres begonnen. Voraussichtlich wird heuer mit einem Finanzvolumen von 2 Mio. Franken der Rohbau realisiert, so dass die Fertigstellung für Ende 2001 zu erwarten ist.

Die Bilanz weist für 1999 eine Bilanzsumme von 18,7 Mio. Franken aus. Das Reinvermögen erhöhte sich auf 14,6 Mio. Franken. An flüssigen Mitteln waren per Ende des Rechnungsjahres rund 3,4 Mio. Franken vorhanden.

Für Belange des liechtensteinischen Tourismus sensibilisieren

Erster Tourismustag am 23. Oktober 2000

Am Montag, 23. Oktober 2000 führt Liechtenstein Tourismus im Vaduzersaal den ersten Tourismustag durch. Ziele dieses Tages sind, die breite Öffentlichkeit für die Belange des liechtensteinischen Tourismus zu sensibilisieren, Chancen der zukünftigen Entwicklung aufzuzeigen sowie über geplante Vorhaben zu informieren.

Die Teilnahme am Tourismustag steht allen Interessierten offen. Angesprochen sind alle in der Tourismuswirtschaft Tätigen, insbesondere aber auch Interessierte aus Wirt-

schaft, Kultur, Umwelt, Verwaltung sowie Sport und Freizeit.

In den nächsten Tagen erfolgt der Versand der Einladung und der Anmeldeunterlagen für den Tourismustag 2000 an die verschiedenen Zielgruppen. Weitere Interessierte können die Teilnahmeunterlagen bei Liechtenstein Tourismus anfordern (Telefon 392 11 11, Telefax 392 16 18, E-mail: touristinfo@lie-net.li).

Tourismustag lädt branchenübergreifend zur Mitgestaltung ein

Die TeilnehmerInnen am Tourismustag erhalten aus ers-

ter Hand Informationen über die Ziele, welche Liechtenstein Tourismus in Zukunft verfolgen wird. Sie erfahren, wie sie die Zukunft mitgestalten können, welche Chancen sich aus der proaktiven Zusammenarbeit ergeben und wie daraus ein Mehrwert erzielt werden kann. Der Tourismustag ist Teil eines ständigen Dialogs mit allen betroffenen Kreisen aus Wirtschaft, Kultur, Sport und Freizeit, Verwaltung, Politik und Umwelt, um sicherzustellen, dass die Entwicklung des Angebots «Liechtenstein» wirtschaftlich erfolgreich, dem Image des Landes förderlich so-

wie sozial- und umweltverträglich gestaltet wird. Im Sinne des neuen Tourismusgesetzes dient der Tourismustag auch der Förderung des Tourismusbewusstseins innerhalb der Bevölkerung.

Attraktives Programm auch für Nichttouristiker

Für den Tourismustag, welcher um 8.30 Uhr beginnt und um 18 Uhr endet, konnten namhafte externe Referenten gewonnen werden. Jürg Schmid, Direktor von Schweiz Tourismus und Prof. Dr. Thomas Bieger, Institut für Öffentliche Dienstleistungen IDT-

HSG, St. Gallen, widmen sich in ihren Referaten den Marktchancen im Tourismus sowie den Perspektiven für mittlere Destinationen im Tourismus von morgen. Weitere thematische Schwerpunkte, die von verschiedenen Referenten behandelt werden, beziehen sich auf den Wandel im liechtensteinischen Tourismus, auf die Möglichkeiten und Herausforderungen des Gastlandes Liechtenstein, auf die Chancen einer kooperativen Marketingstrategie unter Einbezug anderer Branchen und Institutionen sowie auf die Standortpromotion für Liechtenstein. Zwi-

schendurch ist auch genügend Zeit eingeplant für Diskussionen und Gedankenaustausch.

Termin reservieren, Anmeldung bis 16. Oktober

Aus organisatorischen Gründen ist eine Anmeldung erforderlich. Die Anmeldefrist erstreckt sich bis 16. Oktober 2000. Für das Mittagessen, die Pausenverpflegung und die Tagungsunterlagen wird ein Unkostenbeitrag von 60 Franken (40 Franken ohne Mittagessen) pro Teilnehmer/Teilnehmerin erhoben. Weitere Informationen erhalten Interessierte bei Liechtenstein Tourismus.

Zusammenarbeit unter europäischen Juristen intensivieren

Teilnahme von Regierungsrat Heinz Frommelt und Norbert Marxer am 63. Deutschen Juristentag in Leipzig

Regierungsrat Heinz Frommelt nahm in Begleitung von Norbert Marxer, Leiter des Rechtsdienstes der Regierung, am 63. Deutschen Juristentag teil, welcher vom 26. bis 29. September 2000 in Leipzig stattfand.

Bei der feierlichen Eröffnungssitzung richteten nebst der Deutschen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin unter anderem auch der Ministerpräsident des Freistaates Sachsen, Kurt Biedenkopf, und der Oberbürgermeister der Stadt Leipzig Grussworte an die über

2500 Juristen, Richter, Anwälte, Politiker und Wissenschaftler. Leipzig hat eine ganz besondere Bedeutung für die Wende; die Stadt ist, wie kaum eine andere, Symbol für die Wiedervereinigung Deutschlands und inzwischen auch für die Einheit Europas.

Gewissermassen eine Lektion ostdeutscher Erfahrungen offerierte Theologieprofessor Schröder in seinem Festvortrag zum Thema «Über die Akzeptanz von Demokratie und Rechtsstaat in den neuen Bundesländern». Er tat dies launig und mit messerscharfem analy-

tischem Verstand, ohne Zeigefinger, aber auch seine Landsleute im Osten nicht schonend.

Die Teilnehmer des Juristentages haben sich in fünf Arbeitsgruppen mit rechtspolitischen Forderungen beschäftigt: Die zivilrechtliche Abteilung erörterte die Frage, ob die Verfassung Todkranken ein Recht auf einen selbstbestimmten Tod und einen Behandlungsverzicht gibt. Umstritten war insbesondere, ob Menschen vorsorglich eine entsprechende Vollmacht oder eine sogenannte Patientenverfügung für den Fall einer späteren Einwilligungsunfähig-

keit – etwa nach einem Unfall – ausstellen können.

Die Arbeits- und Sozialrechtler haben über die Möglichkeiten beraten, die Arbeitslosigkeit mit juristischen Mitteln zu bekämpfen. Die Strafrechtler haben sich über die Möglichkeiten der Einschränkung bei den Berufungsmöglichkeiten in Strafverfahren und über die Straffung von Zivilprozessen auseinandergesetzt.

Die Vertreter des öffentlichen Rechts befassten sich mit den vielfältigen Versuchen der Politik, das Verhalten der Bürger statt durch klare Verbote und

Gebote indirekt durch Steuern und Abgaben zu beeinflussen.

Im Hinblick auf die zunehmende Europäisierung wird künftighin das Europäische Recht vermehrt Gegenstand der Beratungen sein. Die Zusammenarbeit unter den europäischen Juristen muss fortgesetzt und noch intensiviert werden. Erstes Ergebnis dieser Kooperation ist der 1. Europäische Juristentag, der vom 13. bis 15. September 2001 in Nürnberg stattfinden wird.

Während des Juristentages nahmen Regierungsrat Heinz Frommelt und Norbert Marxer

die reichlichen Gelegenheiten wahr, mit ihren europäischen Juristenkollegen insbesondere auch über die aktuelle liechtensteinische Lage zu diskutieren. Besonders aber die Gespräche mit der Deutschen Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin dienten der eingehenden Information über die bereits gemachten liechtensteinischen Anstrengungen gerade in den gesetzgeberischen und strukturellen Bereichen sowie dem liechtensteinischen Werben um vermehrtes Verständnis für die besondere Situation im Lande. (paf)